



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder
des Innenausschusses

60-fach



30. Oktober 2017
Seite 1 von 1

Telefon 0211 871-3389
Telefax 0211 871-3231

Sitzung des Innenausschusses am 19.10.2017
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.10.2017
„Was verbirgt sich hinter der ‚Null-Toleranz-Strategie‘ der Landes-
regierung?“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

in der Sitzung des Innenausschusses vom 19.10.2017 wurde der TOP 13 „Was verbirgt sich hinter der ‚Null-Toleranz-Strategie‘ der Landesregierung?“ (mündlicher Bericht) auf die nächste Sitzung am 23.11.2017 vertagt. In diesem Kontext wurde zugesagt, den Mitgliedern des Innenausschusses einen entsprechenden schriftlichen Bericht vorab zur Verfügung zu stellen. Dieser ist als Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Reul

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz

Bericht
des Ministers des Innern
für die Sitzung des Innenausschusses am 19.10.2017
zu dem Tagesordnungspunkt 13
„Was verbirgt sich hinter der ‚Null-Toleranz-Strategie‘ der Landesregierung?“
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.10.2017

Im Koalitionsvertrag hat die Landesregierung erklärt, gegen Kriminalität und Straftäter künftig mit einer Null-Toleranz-Strategie vorzugehen. Konsequentes polizeiliches Einschreiten bei Ordnungsstörungen und Straftaten ist wichtig, um den besonderen Charakter Nordrhein-Westfalens als tolerantes und vielfältiges Land dauerhaft bewahren zu können.

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit und die Durchsetzung von Recht und Gesetz gehören zu den wichtigsten Kernanliegen der Landesregierung.

Bereits im Rahmen der letzten Innenausschusssitzung wurde dazu ausgeführt, dass es einer großen Kraftanstrengung bedarf, um die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen schrittweise und konsequent zu verbessern. Dies gilt für viele Bereiche und insbesondere für die Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls, der auch weiterhin ein kriminalstrategischer Schwerpunkt ist.

Die Fallzahlenentwicklung beim Wohnungseinbruch ist positiv. Dies gilt es weiter auszubauen. Kritisch ist die immer noch zu niedrige Aufklärungsquote von 14,6% im ersten Halbjahr 2017. Auch hier sind weitere Anstrengungen notwendig.

Gute und bewährte Konzepte - und hier werden ausdrücklich auch solche der alten Landesregierung mit einbezogen - gilt es fortzuführen und im Weiteren auszubauen und zu optimieren. Hiermit sind zum Beispiel das Präventionskonzept „Riegel vor! Sicher ist sicherer“ und das sehr erfolgreiche repressive Konzept zur Bekämpfung mobiler, überregional agierender Intensivtäter „MOTIV“ (Mobile Täter im Visier) gemeint.

Eingeführt wird SKALA (System zur Kriminalitätsanalyse und Lageantizipation) - das „Predictive Policing-System“ des Landes Nordrhein-Westfalen. Dies wurde schon im Koalitionsvertrag erklärt. Die neue Landesregierung hat das LKA aber bereits beauftragt, das Projekt und die begleitende Evaluation zu verkürzen. Ergebnisse werden daher bereits Anfang Februar 2018 vorliegen. Aufgrund der bisher sehr positiven Ergebnisse ist beabsichtigt, SKALA dann in einem ersten Schritt in allen Kriminalhauptstellen einzuführen.

Zudem wird geprüft, ob SKALA auch für andere Kriminalitätsbereiche - so zum Beispiel den Diebstahl von Kraftfahrzeugen - genutzt werden kann. Zur Einführung von SKALA wird dem LKA daher zusätzliches Personal und Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt.

Die Landesregierung hat bereits jetzt vielfältige Anstrengungen unternommen, um die Polizei in Nordrhein-Westfalen für neue Herausforderungen bestmöglich aufzustellen. Null-Toleranz-Strategie bedeutet in diesem Kontext unter anderem, dass Polizei gegen Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung niederschwellig und konsequent einschreitet, denn auch Ordnungsverstöße beeinträchtigen das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung.

Dass dies ernst gemeint ist, zeigt auch unser Verbot des Vereins Hells Angels MC Concrete City und seiner Teilorganisation „Clan 81 Germany“ vom 18.10.2017. Die betroffenen Mitglieder dieses Rockerclubs sind kriminell. Es geht um Gewalt, Drogen, Waffen und Zwangsprostitution. Die Autorität und das Gewaltmonopol des Rechtsstaates respektieren diese Rocker und selbsternannten Outlaws nicht. Deshalb war es so wichtig, dass mit dem Vereinsverbot und seiner konsequenten Durchsetzung ein klares Zeichen gesetzt wurde.

Null-Toleranz-Strategie bedeutet vor allem aber auch, dass Straftaten konsequent verfolgt werden. Hierzu werden alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft und taktisch sinnvolle Maßnahmen getroffen. Banden- und Clankriminalität werden dabei besonders in den Fokus genommen. Bei Intensivtätern wird neben der Repression zudem auch verstärkt auf den sogenannten administrativen Bekämpfungsansatz gesetzt. Das heißt, es erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitspartnern und es werden Optionen des Ordnungs- und Ausländerrechts genutzt, um den Straftätern das Leben schwer zu machen. Insgesamt wird der Fahndungs- und Kontrolldruck auf Straftäter weiter erhöht.

Zur Bekämpfung grenzüberschreitend agierender Einbrecher werden auch weiterhin Fahndungs- und Kontrolltage durchgeführt und dabei die Bundespolizei und der Zoll verstärkt eingebunden. Der Informationsaustausch mit anderen Staaten wird ausgebaut. Zur direkten Kommunikation von Ermittlern in der EU wird die Europol-IT-Anwendung „SIENA“ eingeführt. Zudem sollen Verbindungsbeamte anderer Staaten verstärkt eingesetzt werden.

Die Umsetzung einer Null-Toleranz-Strategie setzt zwingend voraus, dass die Polizei über eine angemessene personelle und technische Ausstattung verfügt. Mit der Erhöhung und Verstetigung der Einstellungszahl auf 2.300 und der Entscheidung in den nächsten 5 Jahren 2.500 Polizeiangehörige einzustellen, wurden die Voraussetzungen dazu bereits geschaffen.

Die ersten 100 Stellen für Polizeiangehörige, die Polizeivollzugsbeamte für operative Aufgaben freisetzen sollen, wurden bereits für dieses Jahr zur Verfügung gestellt. Mit einem Mehr an Personal wird es perspektivisch möglich sein, die polizeiliche Präsenz sukzessive weiter zu erhöhen und die Ermittlungsintensität zu steigern.

Null-Toleranz kann zudem nur dann gelingen, wenn die Sicherheitskräfte auch über ausreichende gesetzliche Befugnisse verfügen. Auch das wird gewährleistet. Zur Erhöhung des Fahndungsdrucks wird die strategische Fahndung in das Polizeigesetz aufgenommen, um verdachtsunabhängige, anlassbezogene Anhalte- und Sichtkontrolle durchführen zu können. Zudem sollen durch den Einsatz automatisierter Kennzeichenerfassungssysteme polizeiliche Fahndungs- und Schwerpunktkontrollmaßnahmen unterstützt werden. Auch wird die Eingriffsschwelle zur polizeilichen Videobeobachtung abgesenkt.

Zur besseren Erkennung überregional aktiver Straftäter und Banden werden in Kürze Sicherheitskooperationen mit Verbänden geschlossen, deren angeschlossene Unternehmen regelmäßig auf Autobahnen und Fernstraßen unterwegs sind. So werden zusätzliche Hinweise auf verdächtige Personen eingehen und damit das Entdeckungsrisiko für Straftäter erhöht.

Für eine verbesserte Bekämpfung des Wohnungseinbruchs hat es nochmals einen Schulterschluss mit der Justiz gegeben. Ein gemeinsamer Runderlass aus diesem Monat führt unter anderem aus, dass bei den Staatsanwaltschaften Sonderdezernenten beziehungsweise feste Ansprechpartner bestimmt und vermehrt Tatserien als Sammelverfahren gegen Intensivtäter geführt werden.

Aktuell finden Gespräche auf Ebene der Staatssekretäre des Innen-, Finanz- und Justizministeriums statt, um Ermittlungsstrukturen sowie die Zusammenarbeit bei Finanzermittlungen und der Abschöpfung illegaler Gewinne weiter zu intensivieren. Hierzu wird in Kürze eine Task Force eingerichtet.

Null-Toleranz-Strategie bedeutet aus Sicht der Landesregierung, dass eine Vielzahl unterschiedlicher Bausteine zusammengefügt werden, um gegen Ordnungsstörungen und Straftaten konsequent vorzugehen.